

*Knowledge management*

**Evidence in Education: Linking Research and Policy**

*Summary in English*

---

*Wissensmanagement*

**Bildungswissenschaftliche Evidenz: Forschung und Politik  
miteinander verknüpfen**

*Zusammenfassung in Deutsch*

In den OECD-Ländern wächst der Druck zur Erhöhung der Rechenschaftspflicht und der Wirksamkeit von Bildungspolitik und Bildungssystemen. Die zur Verfügung stehenden Informationen enthalten jedoch häufig nicht die Elemente, die für die Entscheidungsfindung erforderlich sind, entweder weil in den für die Politik relevanten Bereichen keine gründlichen Forschungsarbeiten durchgeführt wurden oder weil sich aus den vorliegenden Untersuchungen keine eindeutige Vorgehensweise ableiten lässt.

*Evidence in Education: Linking Research and Policy* befasst sich mit den grundlegenden Fragen der Nutzung wissenschaftlicher Evidenz in der bildungspolitischen Entscheidungsfindung. Dabei wird erörtert, was unter bildungswissenschaftlicher Evidenz zu verstehen ist, wie die fraglichen Daten am besten genutzt werden können und welche Lösungen sich für die von den Teilnehmerländern festgestellten Probleme anbieten.

---

*Die Wissenschaft spielt eine wichtige neue  
Rolle für eine evidenzbasierte Politik – was  
jedoch zählt als wissenschaftliche Evidenz?*

---

Laut der Analyse des OECD-Sekretariats ist das Wiederaufkommen dieser Frage in der jüngsten Zeit auf eine Reihe entscheidender Faktoren zurückzuführen, darunter:

- ein größeres Interesse für die Lernergebnisse der Schülerinnen und Schüler;
- die damit verbundene Multiplikation der vorliegenden Daten, die auf die gestiegene Bedeutung von Tests und Evaluierungen zurückzuführen ist;

- eine explizitere und deutlicher geäußerte Unzufriedenheit mit den Bildungssystemen, sowohl auf nationaler als auch auf lokaler Ebene;
- ein besserer Informationszugang durch das Internet und andere Technologien;
- daraus resultierende Änderungen in der politischen Entscheidungsfindung, die durch generellere Fragen im Zusammenhang mit der Legitimitätswahrnehmung der Politik im Allgemeinen akzentuiert werden.

Gleichzeitig war in den meisten OECD-Ländern eine Entwicklung hin zur Dezentralisierung der bildungspolitischen Entscheidungsfindung festzustellen, mit der den nachgeordneten Gebietskörperschaften mehr Verantwortung und umfassendere Vollmachten übertragen wurden. Angesichts der besseren Informationslage, der geringeren Qualitätskontrolle, der größeren Sachkenntnis der Öffentlichkeit und eines breiteren Spektrums an beteiligten Politikverantwortlichen kommt der Forschung eine neue Bedeutung für die evidenzbasierte Politik zu.

Der **erste Teil** der Veröffentlichung umfasst auch einen Beitrag zweier renommierter Forscher im Bereich der Methodologie, Tom Cook von der Northwestern University (Vereinigte Staaten) und Stephen Gorard von der University of York (Vereinigtes Königreich), die sich mit der Notwendigkeit qualitativ hochwertiger Forschungsarbeiten und einer geeigneten Methodik in der Bildungswissenschaft auseinandersetzen. Diese Frage wird in der Form eines Dialogs angegangen, in dem jeder Autor zunächst seinen Standpunkt in Bezug auf die Hauptanliegen der bildungswissenschaftlichen Methodik vertritt und anschließend erörtert wird, was als bildungswissenschaftliche Evidenz zählt und zählen sollte. Cook und Gorard sind sich darüber einig, dass experimentellen Designs, insbesondere von randomisierten Kontrollversuchen, mehr Bedeutung eingeräumt werden sollte, sie vertreten jedoch unterschiedliche Ansichten, was deren genauen Platz im Spektrum der Forschungsinstrumente angeht. Für die Politikgestaltung geht es dabei um die Frage, ob es möglich ist, die jeweils besten verfügbaren Daten zu nutzen, oder ob grundsätzlich nur die besten Daten verwendet werden sollten (was bedeuten würde, dass Evidenz, die nicht den höchsten Standards gerecht wird, nicht genutzt werden kann)?

---

*Brokerage-Agencies spielen eine wichtige Rolle für die Verknüpfung von Wissenschaft und Politik*

---

Der **zweite Teil** befasst sich mit der Verknüpfung von Wissenschaft und Politik sowie den Schnittstellen zwischen diesen beiden Gruppen von Akteuren. Dazu wird eine Reihe bestehender bzw. neu gegründeter Brokerage-Agencies untersucht. In chronologischer Reihenfolge reicht deren Spektrum vom (1993 eingerichteten) *EPPI-Centre* im Vereinigten Königreich bis zur *Knowledge Chamber* in den Niederlanden und dem *Danish Knowledge Clearinghouse*, deren Gründung auf die OECD/CERI-Seminarreihe zurückgeht, auf der diese Veröffentlichung aufbaut.

Die Brokerage-Agencies unterscheiden sich auch in ihren Zielen und Methoden: So ist z.B. das neuseeländische *Best Evidence Synthesis Programme* ein Beispiel für eine beim entsprechenden Ministerium angesiedelte Vermittlungsinitiative, während der

*Canadian Council on Learning*, der ebenfalls mit Bundesmitteln finanziert wird, von den zuständigen Ministerien in den Provinzen getrennt ist. Das *What Works Clearinghouse* in den Vereinigten Staaten arbeitet mit einer Reihe anderer Institute sowie Auftragnehmern zusammen und führt auch Verbraucherumfragen und Erhebungen durch, um sicherzustellen, dass die von ihm angebotenen Dienstleistungen den Anforderungen der Nutzer gerecht werden (Wissenschaftler, Pädagogen, Politikverantwortliche usw.).

Im Rahmen der fortgesetzten Bemühungen, Parallelen zwischen der Bildungswissenschaft und anderen Forschungsbereichen zu ziehen und aus einschlägigen Erfahrungen zu lernen, beschreibt der zweite Teil der Veröffentlichung zusätzlich ein Beispiel aus dem Sozialbereich, das britische *Social Care Institute for Excellence* ([www.scie.org.uk](http://www.scie.org.uk)). Dabei lassen sich sowohl Gemeinsamkeiten in Bezug auf Erfahrungen, Ziele und Anstrengungen beobachten als auch einige Herausforderungen, vor denen Brokerage-Agenturen in beiden Bereichen stehen.

---

*Umsetzung evidenzbasierter Politikforschung:  
vierversprechende Beispiele nationaler  
Programme*

---

In **Teil drei** werden mehrere Beispiele aus der Praxis verschiedener Länder (Finnland, Kanada, Singapur, Vereinigtes Königreich) vorgestellt. Der kanadische Beitrag befasst sich mit dem Start der *National Children's Agenda*, deren langfristiges Ziel es ist, in Kanada eine Bevölkerung lebenslang lernbereiter und -fähiger Menschen, produktiver Arbeitskräfte, fürsorglicher Eltern und engagierter Bürger heranzubilden. *Life as Learning* (Finnland) wurde als nationales Forschungsprogramm eingerichtet, um die Entwicklung einer Forschungskultur zur Förderung interdisziplinärer und internationaler wissenschaftlicher Projekte voranzutreiben.

Der Beitrag Singapurs ist insofern einzigartig, als es sich um ein Nicht-OECD-Land mit einem beispiellosen Katalog an Finanzierungs- und Forschungsmöglichkeiten handelt, darunter eine solide Datenbank über die gesamte Schülerpopulation. Das *Teaching and Learning Research Programme* (TLRP) im Vereinigten Königreich schließlich ist eine ungemein komplexe Initiative mit gesicherter mittelfristiger Finanzierung (2000-2011), die die Qualität der bildungswissenschaftlichen Forschung im Vereinigten Königreich verbessern und neue Erkenntnisse liefern soll.

Alle diese Beiträge ermöglichen es uns, einen genauen Blick auf die Beschaffenheit der Beziehungen zwischen den Hauptbeteiligten sowie auf die Methoden zu werfen, die in den jeweiligen Projekten verwendet werden, um die Lücke zwischen den von den verschiedenen Akteuren gelieferten Daten und dem Bedarf der politischen Entscheidungsträger zu schließen. Dieser Abschnitt enthält somit nicht nur eine Reihe konkreter, schon für sich genommen interessanter Beispiele, sondern bietet auch Gelegenheit, verschiedene in dieser Veröffentlichung erörterte theoretische Fragen in der Praxis zu studieren. Ebenso wie der zweite Teil umfasst er ebenfalls ein Beispiel aus einem anderen Fachbereich, in diesem Fall ein Programm des kanadischen Ministeriums für Humanressourcen und soziale Entwicklung (*Department of Human Resources and Social Development*).

Die Diskussion über die Forschung für eine evidenzbasierte Politik war im Wesentlichen auf die politischen Entscheidungsträger und die Wissenschaftler als Hauptakteure fokussiert. Im **vierten Teil** der Publikation kommen die Politiker selbst zu Wort, die effektiv die Entscheidungen treffen und beurteilen müssen, welches der richtige Weg für ihr Bildungssystem ist. Johnny Nilsson, ehemaliger Staatssekretär für Bildung in Schweden, berichtet von seinen Erfahrungen und von den Hindernissen und den Grenzen, an die Politiker in einer Zeit stießen, als der evidenzbasierten Politik noch nicht die heutige Bedeutung beigemessen wurde. Wir erfahren auch mehr über die evidenzbasierte Politikgestaltung in den Niederlanden, wo auf diesen Prozess großes Gewicht gelegt wird, und darüber, wie und warum diese Arbeit für die dortige Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Maria van der Hoeven, so wichtig war. In den Niederlanden wurde eine Reihe auf der Arbeit von OECD/CERI basierender und zukunftsgerichteter Initiativen gestartet.

Jane Davidson aus Wales greift auf ihre Erfahrungen als dienstälteste Bildungsministerin im Vereinigten Königreich zurück, um die Rolle wissenschaftlicher Evidenz in der Politikgestaltung zu erörtern, und berichtet von dem Kampf, den sie führen musste, um die wissenschaftliche Evidenz in den Mittelpunkt des Politikprozesses zu rücken. Zuletzt wird noch eine einzigartige Fallstudie aus Polen präsentiert, wo vor kurzem aktuelle ebenso wie ehemalige Minister und sonstige politische Entscheidungsträger zusammengebracht wurden, um im Rahmen kontinuierlicher Anstrengungen auf eine Stärkung der Bedeutung und der Stellung der bildungspolitischen Forschung im Politikprozess des Landes hinzuarbeiten. Jerzy Wisniewski, ehemaliger ranghoher Beamter des polnischen Bildungsministeriums und Mitglied des CERI-Lenkungsausschusses, erzählt von den Herausforderungen und Erwartungen eines Landes, das gerade erst begonnen hat, sich mit diesen Fragen auseinanderzusetzen.

*Evidence in Education: Linking Research and Policy* ist eine Gemeinschaftsarbeit internationaler Fachleute im Bereich der evidenzbasierten Bildungspolitik aus verschiedenen OECD-Ländern. Der vorliegende Bericht befasst sich mit den Fragen, vor denen bildungspolitische Entscheidungsträger, Wissenschaftler und sonstige Akteure – Lehrkräfte, Eltern, Medien – stehen, wenn sie größtmöglichen Nutzen aus wissenschaftlicher Evidenz ziehen wollen. Er richtet sein Augenmerk auf eine effektive Informationsvermittlung zwischen Wissenschaftlern und politischen Entscheidungsträgern, liefert Beispiele politikbezogener Forschungsarbeiten aus Finnland, Kanada, Singapur und dem Vereinigten Königreich und geht auch auf die Perspektive der Politikverantwortlichen ein. Damit wirft diese Publikation einen neuen Blick auf die Kernfragen, die sich politischen Entscheidungsträgern, Wissenschaftlern und Schulleitern in der heutigen Zeit stellen.

© OECD 2007

**Übersetzung durch den Deutschen Übersetzungsdienst der OECD.**

Die Wiedergabe dieser Zusammenfassung ist unter Angabe der Urheberrechte der OECD sowie des Titels der Originalausgabe gestattet.

**Zusammenfassungen in Drittsprachen enthalten auszugsweise Übersetzungen von OECD-Publikationen, deren Originalfassungen in englischer und französischer Sprache veröffentlicht wurden.**

**Sie sind unentgeltlich beim Online-Bookshop der OECD erhältlich unter [www.oecd.org/bookshop/](http://www.oecd.org/bookshop/)**

Wegen zusätzlicher Informationen wenden Sie sich bitte direkt an die OECD Rights and Translation Unit, Public Affairs and Communications Directorate unter: [rights@oecd.org](mailto:rights@oecd.org) oder per Fax: +33 (0)1 45 24 99 30

OECD Rights and Translation unit (PAC)  
2 rue André-Pascal, 75116  
Paris, France

Besuchen Sie unsere Website [www.oecd.org/rights/](http://www.oecd.org/rights/)

